

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche vor der Weihnachtspause gab es gleich drei Regierungserklärungen: zur Euro-Krise, zum Afghanistan-Einsatz und zur Klimakonferenz in Durban.

Die so genannte **Euro-Krise** wird uns auch über Weihnachten keine Ruhe lassen. In beinahe jedem Berlin-Brief seit der Sommerpause habe ich hierüber berichtet, denn die Entwicklungen sind rasant. Letzte Woche fand erneut ein Euro-Krisen-Gipfel aller Staatschefs statt. Jedoch bedeutet auch dieser Gipfel keinen Durchbruch. Wieder wurde nicht deutlich, dass die Staatsschuldenkrise letztlich auch eine Auswirkung der Finanzkrise ist – und damit die Spekulanten zumindest zu einem Teil für diese Krise verantwortlich sind und an der Lösung finanziell beteiligt werden müssen. Eine Vertragsänderung mit schärferen Sanktionen gegen zukünftige Verschuldung mag notwendig sein, liefert aber keinen ausreichenden Beitrag, um die akuten Probleme zu lösen. Denn der Gipfel hat kein Wort darüber verloren, dass die Abwärtsspirale von Schulden, Rezession und neuen Schulden immer noch nicht aufgehalten wurde. Kein Ökonom in Europa glaubt, dass eine Umkehrung der Lage ohne Investitionsimpulse zu erreichen ist und die Haushalte zu konsolidieren sind. „Merkozy“ verhindern nach wie vor die so dringend benötigte europäische Wirtschaftsstrategie.

Der **Rücktritt des FDP-Generalsekretärs Christian Lindner** ist im Zusammenhang mit dieser Krise zu sehen. Denn die Eurokrise hat zur Existenzkrise der FDP entscheidend beigetragen. Die FDP hat sich mit ihrem Mitgliederentscheid über den Euro in eine Sackgasse manövriert. Das zeigt besonders die niedrige Beteiligung der FDP-Mitglieder an dem Mitgliederentscheid. Auch wenn sich nun eine Mehrheit für den Pro-Europa-Kurs von Philipp Rösler ent-



Berlin-Brief, Ausgabe 109
16. Dezember 2011

Meine Termine

Weihnachtsfeier der Aufbaugilde

16.12.2011, 12 Uhr, Heilbronn, Dieselstraße 18

Weihnachtsfeier des Sozialverbands VdK

16.12.2011, 16 Uhr, Gundelsheim, Zur Komturei

Podiumsgespräch zur Krise in Griechenland: Veranstaltung der griechischen Gemeinde

17.12.2011, 17 Uhr, Heilbronn, Olga-Zentrum

Winterfeier des VfL Neckargartach

17.12.2011, 20 Uhr, Heilbronn-Neckargartach, Neckarhalle

Bürgersprechstunde

19.12.2011, 15 Uhr, Heilbronn, Bürgerbüro

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



schieden hat, steckt die FDP – und allen voran ihre Führung – in einer tiefen Krise. Der Rücktritt von Christian Lindner ist ein Symptom dafür.

Auf dem **SPD-Bundesparteitag** dagegen haben wir Sozialdemokraten deutlich gemacht: Deutschlands Zukunft liegt in Europa. Wir wollen ein erneuertes Bündnis für Europa, in dem gilt: alle für einen, einer für alle. Wir brauchen kein Schielen auf nationalen Populismus à la Merkel, sondern gemeinsame Verantwortung für den Euro. Dazu gehört die Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft mit Impulsen für neues, nachhaltiges Wachstum, um Europa aus der Krise zu führen. Zudem haben wir auf dem Parteitag ehrliche Konzepte bei Steuern und Finanzen sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beschlossen, die niemandem das Blaue vom Himmel versprechen, sondern solide gerechnet und umsetzbar sind.

In der **internationalen Klimadiplomatie**, der UN-Konferenz in Durban, passiert ähnlich wie bei der Euro-Krise zu wenig. Die Organisation des Klimafonds ist zu vage, es ist unklar, woher das Geld kommen soll. Es ist weiterhin nicht sicher, ob es ein wirklich rechtsverbindliches Abkommen zur weltweiten Reduktion des CO₂-Ausstoßes geben wird. Auch wenn der langsame und mühselige UN-Prozess die einzige Möglichkeit ist, zu einem solchen Abkommen zu kommen, müssen wir konsequent für den Ausbau von erneuerbaren Energien und mehr Klimaschutz bei uns selbst und auf der ganzen Welt werben. Denn Investitionen in den Klimaschutz sind auch ein Mittel, um die Wirtschaftskrise zu überwinden – man denke an die vielen Arbeitsplätze in Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien.

Der **Afghanistaneinsatz der Bundeswehr** soll mit dem neuen Mandat, das die Bundesregierung vorlegt, auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Bis Anfang 2013 sollen weitere 500 Soldatinnen und Soldaten abgezogen werden, sodass dann noch 4.400 Bundeswehrangehörige im Land sein sollen. Nachdem vor allem das Verteidigungsministerium sich in der Frage einer Reduzierung zunächst bedeckt gehalten hat, ist die Bundesregierung auf die Forderungen der SPD-Fraktion, das Kontingent zu reduzieren, eingeschwenkt. Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach betont, dass ich mir Entscheidungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr immer wochenlang durch den Kopf gehen lasse. Auch in diesem Jahr werde ich die Entscheidung, wie ich abstimmen werde, mit in die Weihnachtspause nehmen, um das Mandat und die Strategie der Bundeswehr in Ruhe zu überdenken. Ich werde Sie im neuen Jahr darüber auf dem Laufenden halten.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen und Euch eine fröhliche und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr wünschen. Der nächste Berlin-Brief erscheint am 20. Januar.

Mit freundlichen Grüßen